

Lieber Helmut Eikam,
liebe Alexandra Hiersemann,
meine sehr geehrten Herren,
meine sehr geehrten Damen,
liebe Freunde,
liebe Genossen, liebe Genossinnen,

in diesen Tagen, am 29./30. September jährt sich das sogenannte Münchner Abkommen zum 70. Mal. Ein Abkommen, bei dem sich Hitler-Deutschland, Mussolini-Italien, England und Frankreich, ohne dass die tschechoslowakische Regierung an den Verhandlungen beteiligt gewesen wäre, darauf einigten, dass die sudetendeutschen Gebiete an Deutschland abgetreten werden.

England und Frankreich verfolgten ein klares Ziel: Sie wollten Krieg verhindern. Erreicht haben sie nur den Krieg um gerade elf Monate zu verzögern. Eine der Ursachen der Vertreibung der Sudetendeutschen ist das Münchner Abkommen. Es ist deshalb gut, wenn wir uns an diesem 70. Jahrestag erinnern.

Es ist gut, weil sich in Berlin die Koalitionsfraktionen auf ein sichtbares Zeichen gegen Vertreibung geeinigt haben.

Es wird in einem europäischen Kontext eingebettet werden, es wird selbstverständlich nicht in alleiniger Verantwortung der Vertriebenenorganisationen entstehen aber – und dafür setze ich mich ein – auch nicht gegen sie.

Es ist gut, wenn wir uns erinnern und vor dem Hintergrund vieler Veranstaltungen von Vertriebenenorganisationen hier in Bayern deutlich machen:

Die Vertretung der Vertriebenen hat nicht eine Partei für sich gepachtet. Es war der Vater unserer fortschrittlichen bayrischen Verfassung, der Sozialdemokrat Wilhelm Hoegner, der die eine Million Sudetendeutschen, die 1945 und 1946 kamen als erster neben den Franken, Schwaben und Altbayern als vierten Stamm Bayerns bezeichnete.

Ich möchte in meiner Rede auf vier Punkte eingehen:

1. Wie konnte es zu dem beispiellosen Vorgang des Münchner Abkommens kommen, bei dem sich damalige Großmächte zu Lasten eines souveränen Staates, der Tschechoslowakei einigten?
2. Welche Rolle spielte die sudetendeutsche und die tschechoslowakische Sozialdemokratie?
3. Welche Konsequenzen hatte dieses Abkommen?
4. Was bedeutet dieser Teil unserer Geschichte für Gegenwart und Zukunft

Zum 1. Punkt:

Nach 1918 und dem Zerschlagen des Vielvölker-Staates Österreich-Ungarn mussten sich die Sudetendeutschen, die den Anschluss nach Deutschland wollten mit dem ungeliebten Status einer nationalen Minderheit im tschechisch-slowakischen Staat abfinden, dies, obwohl es mehr Deutsche (3,3 Millionen) als Slowaken (2,3 Millionen) gab.

Das damalige Versprechen des amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson der Verwirklichung des nationalen Selbstbestimmungsrechts der Völker Europas wurde insbesondere in diesem Fall nicht eingelöst. Nicht eingelöst nicht zuletzt deshalb, weil die gemischte Siedlungsstruktur in Böhmen und Mähren einen Anschluss an Deutschland unmöglich gemacht hätte.

Dies hat auch Josef Seliger bereits 1918 erkannt und zu nationaler Einheit aufgerufen:

„Das deutsche Land in Böhmen ist kein einheitliches, zusammenhängendes und geschlossenes Gebiet, sondern zerfällt in mehrere deutsche Sprachgebiete, die räumlich voneinander durch starke und breite Einschiebungen des tschechischen Sprachgebietes getrennt sind... Die deutsch- besiedelten Gebiete Böhmens sind nicht fähig, miteinander ein einheitliches, selbständiges Deutschböhmen zu bilden... So etwas hätte nicht seinesgleichen in der ganzen Welt und wäre der höchste staatspolitische Widersinn... Hört Böhmen auf, eine Einheit zu sein, dann müssen nicht nur Deutsche und Tschechen, dann müssen auch die Deutschen in Böhmen auseinandergehen.“

Aus diesen wahrhaft prophetischen Sätzen Seligers wird deutlich: Entweder Deutsche und Tschechen erhalten die Integrität Böhmens und bleiben zusammen, oder beide müssen sich für immer trennen.

Die Zerschlagung Böhmens nach national-ethnischen Kriterien, wie später in München beschlossen, führt zum Untergang der deutsch-tschechischen Gemeinsamkeit! Hier erweist sich Seliger als Prophet der Vertreibung ein Vierteljahrhundert später.

Der Umgang der tschechoslowakischen Staatsgründer mit dem nationalen Minderheitenstatus der Deutschen war Ursache für wachsende Unzufriedenheit der Deutschen und für das aufkommende Gefühl der Sudetendeutschen, fünftes Rad am Wagen der tschechoslowakischen Republik zu sein.

Die Wahlen von 1925 brachten eine Koalition von tschechischen und deutschen bürgerlichen Parteien an die Regierung. Das politische Verhalten dieser sogenannten Bürgerblockregierung hat sicherlich ebenso zur Radikalisierung der deutschen Bevölkerung des Landes beigetragen wie die Auswirkungen der erst fünf Jahre später einsetzenden Weltwirtschaftskrise. Die Pressefreiheit wurde erheblich eingeschränkt. Die Polizeihochheit der größeren Gemeinden wurde zugunsten der Staatspolizei beseitigt. Das Wahlrecht für die Landes- und Bezirksvertretungen wurde geändert, indem ein größerer Teil der Vertreter von den Regierungen ernannt werden konnte. Schließlich wurde die Selbstverwaltung in den Ländern und Bezirken de facto aufgehoben. Besonders schlimm war die Aufhebung des eigentlich in der Verfassung verankerten Gaugesetzes. Diese Maßnahme beseitigte die Möglichkeit, zwei Gaue mit klaren deutschen Mehrheiten in Karlsbad und Böhmisches Leipa zu schaffen. Insgesamt trugen diese Maßnahmen der Bürgerblockregierung nach 1925 erheblich dazu bei, dass das Vertrauen der sudetendeutschen Bevölkerung in die Aufrichtigkeit der tschechoslowakischen Politik tiefgreifend erschüttert wurde.

Dies wurde durch die Weltwirtschaftskrise noch verstärkt.

Für die deutsche Bevölkerung war es besonders fatal, dass die exportorientierte Leichtindustrie des Landes hauptsächlich in den deutsch besiedelten Gebieten der CSR ansässig war. Innerhalb kurzer Zeit waren in der Tschechoslowakischen Republik nach einer Statistik der Gewerkschaften zwanzig Prozent aller in der Industrie und im Handel beschäftigten Personen arbeitslos. In den sudetendeutschen Gebieten war die Arbeitslosigkeit noch wesentlich höher als in den eher landwirtschaftlich orientierten tschechischen Gegenden.

Die Konsequenz: Die radikale nationalistische Sudetendeutsche Partei (SdP) Konrad Henleins hatte ungeheuren Zulauf und gewann 1935 auf Anhieb zwei Drittel aller deutschen Stimmen und zog mit 44 Abgeordneten in die Prager Nationalversammlung ein. Die Radikalisierung der politischen Verhältnisse erfasste vor allem die deutschen Parteien, die tschechischen und slowakischen waren wesentlich glimpflicher davongekommen. Die Gründe für diesen politischen Erdbeben lagen auf der Hand: Der tschechoslowakische Staat hatte es nicht vermocht, seinen deutschen Bürgern in Zeiten großer wirtschaftlicher Not ein Gefühl der nationalen und sozialen Sicherheit zu vermitteln. Die zu „normalen“ Zeiten übertünchten Defizite wie die verweigerte Teilhabe der Deutschen am Staat waren durch die Not der Weltwirtschaftskrise akzentuiert worden und deshalb nicht mehr politisch beherrschbar. Hinzu kam das bedauerliche Beispiel des großen Erfolges der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik im benachbarten Hitlerdeutschland. Sudetendeutsche Arbeitslose sahen vor allem die rauchenden Schornsteine im benachbarten Sachsen und Bayern und übersahen die verbotenen Parteien, die Konzentrationslager und die Wiederbewaffnung im Deutschen Reich Hitlers.

Nach 1935 und dem Aufstieg der Henlein-Partei begann ein unheilvoller Teufelskreis. Obwohl die Loyalität der Deutschen nur durch national- und sozialpolitische Konzessionen wiederzugewinnen war, sah die tschechoslowakische Politik die Deutschen vor allem als nationale Bedrohung, die keine Konzessionen verdienten. Und die Mehrheit der Deutschen quittierte die tschechoslowakische Verweigerung mit zunehmender Entfremdung vom gemeinsamen Staat.

Die erst 1935 entstandene nationalistische Sammlungsbewegung des einstigen Turnlehrers Konrad Henlein war seither immer mehr in das

Fahrwasser Hitlerdeutschlands geraten. Ihr Wunsch „Heim ins Reich“ war inzwischen der Wunsch der großen Mehrheit der Sudetendeutschen. Die Geburtsfehler des tschechoslowakischen Staates, der seine deutschen Bürger – immerhin rund ein Viertel der Gesamtbevölkerung – als Minderheit betrachtete und behandelte, waren nicht mehr gutzumachen. Die Stimmung war, wie man heute sagt, gekippt. Bitter rächte sich der Ausschluss der Deutschen von der Mitwirkung an der tschoslowakischen Verfassung, der disproportionale Abbau von deutschen Beamten, die Benachteiligung von deutschen Firmen bei der Vergabe öffentlicher Arbeiten und die Hilflosigkeit des Staates gegenüber der hohen Arbeitslosigkeit in den deutschen Siedlungsgebieten. Hinzu kam, dass die Henlein-Bewegung mit zunehmender Unterstützung aus Hitlerdeutschland die deutschen Gebiete und die demokratischen deutschen Parteien nahezu ungestraft durch die Organe des Staates mit physischem und politischem Terror überziehen konnte.

Die Wiederbewaffnung Hitlerdeutschlands nach 1933, die Besetzung des entmilitarisierten Rheinlandes im Jahre 1936 und der Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich im März 1938 waren von den europäischen Mächten ohne Gegenwehr akzeptiert worden. Es war nur eine Frage der Zeit, bis wann auch die seit dem Anschluss Österreichs von Hitlerdeutschland geographisch geradezu umklammerte Tschechoslowakei den expansiven Gelüsten Hitlers zum Opfer fallen würde. Spätestens seit dem Anschluss Österreichs war es allerdings absehbar, dass das Schicksal der Tschechoslowakei und ihrer sudetendeutschen Bewohner nicht mehr in Prag oder in der Parteizentrale Henleins im Egerland, sondern in Berlin und in den Hauptstädten Westeuropas entschieden würde.

Für die Tschechoslowakei war daher die Gleichschaltung Österreichs weit mehr als ein außenpolitisches Thema. Der Anschluss berührte die innere

Struktur und die äußere Sicherheit des tschechoslowakischen Staates. Bald nach dem Anschluss begannen die deutschen bürgerlichen Parteien in der CSR, die Christlich Sozialen und die Landbündler, die Segel zu streichen. Ihre Parlamentsfraktionen vereinigten sich mit dem Klub der Abgeordneten der Sudetendeutschen Partei und viele ihrer Mitglieder vollzogen den gleichen Schritt.

Ende März 1938 hatte sich Hitler mit Konrad Henlein getroffen und ihn angewiesen, der tschechoslowakischen Regierung immer wieder Forderungen zu stellen, welche diese unmöglich annehmen könne. Das von der SdP Ende April 1938 verabschiedete Karlsbader Programm enthielt so auch Forderungen nach weitgehenden sudetendeutschen Autonomierechten einschließlich eines eigenen Verwaltungsapparates, welche ohne Reform der tschechoslowakischen Verfassung nicht hätten gewährt werden können und deren Erfüllung das faktische Ende der Republik bedeutet hätte. Bald danach forderte Hitler die Abtretung der sudetendeutschen Gebiete an das Deutsche Reich. Gleichzeitig begann ein enormer Propagandafeldzug, um den reichsdeutschen Forderungen durch Verweis auf das verweigerte Selbstbestimmungsrecht einen legalen Anstrich zu geben. Ende Mai machte die Tschechoslowakei mobil, um einen möglichen Angriff der Wehrmacht zu parieren. Die Mobilmachung war die letzte bedeutende Aktion der tschechoslowakischen Regierung. Um einen Krieg zu vermeiden, auf welchen sie nicht vorbereitet war, schickte die britische Regierung schließlich im Sommer Lord Runciman in die Tschechoslowakei. Er sprach mit Vertretern der tschechischen und der deutschen Seite. Von den sudetendeutschen Sozialdemokraten erhielt Runciman eine längere Denkschrift, in welcher die Partei nochmals ihre demokratische Haltung darlegte. Ich zitiere einen Auszug:

„Die Anerkennung von demokratischen Prinzipien erfordert die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Nationalitäten unseres Staates in innenpolitischer Hinsicht. Die gleichen Prinzipien aber verlangen, dass in außenpolitischen Fragen die Lebensinteressen der kleinen Völker nicht dem Diktat ihrer großen Nachbarn ausgeliefert werden. Wir fordern von der tschechischen Politik, dass sie die Lebensrechte der sudetendeutschen Bevölkerung in vollem Umfange respektiert. Als selbstverständliche Gegenleistung müssen aber ebenso die Lebensrechte des tschechischen Volkes anerkannt werden.“

Dieses mutige und damals bereits aussichtslose Bekenntnis zur Einheit des tschechoslowakischen Staates wurde von Runciman nicht beantwortet. Runciman empfahl seiner Regierung, die Abtretung der deutsch besiedelten Grenzgebiete an das Deutsche Reich, weil die tschechoslowakische Seite die Sudetendeutschen durch „Taktlosigkeit, Mangel an Einsicht und durch Diskriminierung“ ihrem Staat entfremdet habe. Das Ende ist schnell erzählt: Mitte September einigten sich französische und britische Unterhändler auf die Modalitäten der Abtretung der sudetendeutschen Gebiete an Hitlerdeutschland, welche am 21. September 1938 von der tschechoslowakischen Regierung unter Druck akzeptiert wurden. Das schließlich am 29. und 30. September 1938 von Hitler, Chamberlin, Daladier und Mussolini in München unterzeichnete Abkommen fixierte dann lediglich die Durchführungsbestimmungen der bereits vorher auf diplomatischem Wege erfolgten Einigung. Die tschechoslowakische Regierung war nach München nicht eingeladen worden.

Mit dem vorhin erwähnten Zitat bin ich bei dem zweiten Teil, der Rolle der Sozialdemokratie, sowohl der sudetendeutschen als auch der tschechoslowakischen.

Sie war, mit wenigen Worten, wie es dem Wesen der Sozialdemokratie eigentlich immer entspricht eine reformerische und gleichzeitig staatstragende Partei.

Dies wird durch ein am heutigen Tag genau vor siebzig Jahren von Wenzel Jaksch im Prager Deutschen Rundfunk geäußertes Zitat deutlich:

„Tschechen und Deutsche können einander nicht ausrotten. Jede Nation hat ihre Schwächen, aber auch ihre großen Vorzüge. Es müssen Formen eines ehrlichen Zusammenlebens gefunden werden... Wir können dem eigenen Volk und ganz Europa einen gewaltigen Dienst erweisen, indem wir der Gewalt entsagen und die Stimme der Menschlichkeit aufklingen lassen... Welch ein Segen, wenn es gelingt, unser Land zum Ausgangspunkt einer neuen Epoche des europäischen Friedens zu machen!“

Dieses Zitat ist eine logische Konsequenz der bis zum Münchner Abkommen 19 jährigen Geschichte der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiter Partei. Die DSAP war von Anfang an bemüht, den deutschen Bewohnern der CSR als nationale und soziale Repräsentanz im Rahmen dieses Staates zur Verfügung zu stehen. In den Wahlen für das erste tschechoslowakische Parlament im Jahre 1920 wurde die DSAP als mit Abstand größte Partei der Sudetendeutschen bestätigt.

Die sudetendeutsche Sozialdemokratie war also ungeachtet ihrer Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit dem neuen tschechoslowakischen Staat zur stimmenstärksten deutschen politischen Partei im Lande geworden. Sie sollte diese Stellung bis zur sogenannten Erdrutschwahl im Jahre 1935 behalten. Ich erwähne dies, weil hierdurch belegt wird, dass sich die Mehrheit aller Sudetendeutschen bis in die Jahre der Weltwirtschaftskrise und bis zum

Erscheinen der sogenannten Henlein-Partei zu einer staatstreuen und demokratischen Politik bekannte. Es ist deshalb nicht angebracht, die Sudetendeutschen pauschal und insgesamt als Parteigänger Hitlers zu bezeichnen.

Das Klima zwischen den tschechischen und den sudetendeutschen Sozialdemokraten war in den Anfangsjahren eisig, gestört und von bitterer Polemik gezeichnet. Die nationalistische, antideutsche Politik der tschechischen Bruderpartei stieß auf heftige Ablehnung bei der DSAP. Als Mitglied der Regierungskoalition billigten die tschechischen Genossen nahezu jede Maßnahme, die sich gegen die deutsche Bevölkerung richtete.

Als sich in den Wahlen des Jahres 1925 ein genereller Rechtsruck im Lande abzeichnete, traten drei sudetendeutsche bürgerliche Parteien in die Regierung ein – die deutschen Sozialdemokraten jedoch blieben außen vor, weil sie eine Mitarbeit in der Regierung aus nationalpolitischen Erwägungen nicht zu verantworten bereit waren. Ich erwähne dies, um noch einmal darauf hinzuweisen, dass die sudetendeutsche Sozialdemokratie in nationalpolitischer Hinsicht alles andere als eine Kapitulationspartei gewesen ist. Die sudetendeutschen Sozialdemokraten traten erst nach den Wahlen im Jahre 1929 in die Prager Regierung ein, nachdem die tschechische Bruderpartei ihren Standpunkt gegenüber den deutschen Bürgern der CSR revidiert und normalisiert hatte.

Noch ein anderer Umstand verdient Erwähnung, weil er die stabilisierende Rolle der sudetendeutschen Sozialdemokratie unter Beweis stellte: In den frühen zwanziger Jahren spaltete sich die kommunistische Linke ab von der Sozialdemokratie und gründete eine eigene internationale Partei (KPTsch). Für die deutsche und für die tschechoslowakische Sozialdemokratie war dies

ein existenzgefährdender Aderlass, denn die neue Kommunistische Partei war eine der mitgliederstärksten in Europa.

Beide sozialdemokratischen Parteien verloren damals zahlreiche Abgeordnete, Parteizeitungen, ganze Ortsorganisationen, beide beinahe ihre gesamten Jugendverbände. Den sudetendeutschen Sozialdemokraten gelang es damals, diese existentielle Krise mit organisatorischen Mitteln zu überwinden, ohne sich an die Linke anzubiedern und ohne programmatische Konzessionen. Indem sie die Arbeiterschaft vor dem Abgleiten ins kommunistische Fahrwasser bewahrte, leistete die DSAP einen weder von der Politik noch von der Geschichtswissenschaft seither gewürdigten Beitrag zur Stabilisierung der ersten Tschechoslowakischen Republik. Der Preis für diese Leistung war allerdings ein deutlicher Verlust an sozialdemokratischen Stimmen in der Parlamentswahl von 1925.

Als die Regierung sogar den Versuch unternahm, die in den frühen zwanziger Jahren geschaffene fortschrittliche Sozialversicherung durch Ausschluss von mehr als einer Million Versicherten zu entwerten, erkannten endlich die beiden sozialdemokratischen Parteien die Notwendigkeit für bessere Zusammenarbeit. Betroffen von den Änderungen waren damals vor allem Landarbeiter, Heimarbeiter und Kriegsoffer. Beide Parteien erinnerten sich der alten Kampfgemeinschaft und beschlossen, ihre künftige Politik auf einem gemeinsamen Kongress in Prag-Smichov zu koordinieren.

Ernst Paul, der langjährige zweite Generalsekretär der DSAP und spätere Bundestagsabgeordnete, erinnerte sich Jahrzehnte später über die großen Schwierigkeiten, die beide sozialdemokratischen Parteien beim Entwurf einer gemeinsamen Plattform hatten. Dies zeugt von den damals selbst unter

befreundeten Parteien herrschenden grundsätzlichen deutsch-tschechischen Meinungsverschiedenheiten. Ich zitiere Ernst Paul:

Das Einigungskomitee konnte sich leider nicht auf ein politisches Programm einigen. Der mit der Ausarbeitung einer Vorlage betraute Vorsitzende der deutschen Sozialdemokraten, Dr. Ludwig Czech, hatte im Resolutionsentwurf auch die nationalpolitischen Vorstellungen seiner Partei verankert. Die Unterhändler der tschechoslowakischen Sozialdemokratie lehnten entschieden ab. Der gern auf alle Eventualitäten vorbereitete deutsche sozialdemokratische Parteiführer zog dann einen zweiten, etwas mildereren Entwurf aus den Tiefen seiner Aktentasche – dieser entsprach, wenn auch in bescheidenerem Maße, eben noch den Wünschen der sudetendeutschen Sozialdemokraten. Auch dieses Konzept fand nicht die Zustimmung der tschechoslowakischen Partner... Da appellierte Rudolf Bechyne, einer der tschechischen sozialdemokratischen Führer an Czech: „Ludwig, gib die Resolution her, Du hast doch noch eine!“ Tatsächlich, Dr. Czech zog einen dritten Entwurf aus seiner Aktentasche und dieser wurde angenommen.

Das war ein Beispiel für politischen Minimalismus unter angeblich befreundeten Parteien. Es war nicht möglich, mit der tschechischen Bruderpartei über nationalpolitische Forderungen zu verhandeln. Das Maximum an damals erreichter Gemeinsamkeit bestand aus der Einsetzung eines deutsch-tschechischen Ausschusses mit dem Auftrag, „alle die wirtschaftlichen, kulturellen und nationalen Probleme betreffenden programmatischen und organisatorischen Arbeiten zu leisten, die zum erfolgreichen Ausgang der Einigungsbestrebungen nötig sind.“ Soweit bekannt ist, hat dieser Ausschuss nie getagt.

Es war kein gutes Omen für die Chancen einer genuinen deutsch-tschechoslowakischen Einigung, wenn bereits damals, zehn Jahre vor „München“, selbst die beiden sozialdemokratischen Parteien in nationalpolitischer Hinsicht keine wirkliche Annäherung zustande brachten.

Die Parlamentswahlen des Jahres 1929 waren dennoch für beide sozialdemokratischen Parteien erfolgreich. Die tschechischen Sozialdemokraten gewannen zehn Abgeordnete hinzu und erreichten 39 Mandate, an zweiter Stelle hinter den Agrariern. Die DSAP gewann vier Sitze hinzu und erreichte 21 Mandate. Die DSAP war wieder größte deutsche Partei. Die tschechischen Genossen setzten sich dafür ein, dass die DSAP in die Regierungskoalition eintreten konnte. Ihr Vorsitzender Ludwig Czech übernahm das wichtige Ministerium für Soziale Fürsorge, das im Rahmen der Weltwirtschaftskrise vor unlösbare Aufgaben gestellt wurde:

Im Rahmen der tschechoslowakischen Sozialgesetzgebung die Zuständigkeit für die Arbeitslosenfürsorge bei den Gewerkschaften. Die Zersplitterung der Gewerkschaftsbewegung führte zur Zahlungsunfähigkeit der kleinen Kassen im Falle von Massenarbeitslosigkeit. Die Not der sudetendeutschen Arbeitslosen in den dreißiger Jahren war furchtbar.

Dass auf diese Weise der politischen Verführbarkeit der Betroffenen Vorschub geleistet wurde, bedarf fast nicht mehr der Erwähnung. Dass ausgerechnet der deutsche sozialdemokratische Vorsitzende Ludwig Czech dem tschechoslowakischen Fürsorgeministerium vorstand, wurde für die DSAP zu einer erdrückenden politischen Hypothek, die von den Gegnern im nationalen Lager weidlich ausgeschlachtet wurde.

In den Augen vieler Sudetendeutscher personifizierte der DSAP-Vorsitzende die unzureichenden Sozialleistungen des Staates. Es spricht dennoch für das große nationale Verantwortungsbewusstsein der sudetendeutschen Sozialdemokratie, dass sie damals in der Regierung blieb und nicht in die Opposition wechselte, wie von einer Reihe von Funktionären gefordert.

Die negative Quittung für ihr loyales und staatspolitisch verantwortungsvolles Verhalten erhielt die sudetendeutsche Sozialdemokratie in den Parlamentswahlen von 1935. Die DSAP verlor nahezu die Hälfte ihrer Stimmen und zehn von vorher 21 Mandaten.

Die Politik der sudetendeutschen Sozialdemokraten der nationalen Verständigung auf demokratischer und paritätischer Grundlage war nach 1935 und dem Einbruch der Weltwirtschaftskrise weder auf deutscher noch auf tschechoslowakischer Seite mehrheitsfähig. Für die DSAP ging es deshalb nach 1935 vor allem um Rettung ihrer politischen Ehre.

Die sudetendeutsche Sozialdemokratie versuchte deshalb nach 1935 vor allem, einerseits ihre Politik so gut wie möglich fortzusetzen und auf der anderen Seite, die theoretischen Grundlagen ihres bisherigen Kurses zu überprüfen und ihre Führung zu erneuern. Die Partei stand hierbei nicht allein, denn auch andere sozialistische Parteien Europas suchten damals mehr oder weniger ratlos nach Antworten auf die Frage, weshalb die europäische Arbeiterschaft unter dem Einfluss der Weltwirtschaftskrise und der riesigen Arbeitslosigkeit totalitären Verlockungen von rechts und links zu erliegen drohte.

In der DSAP war es vor allem der junge, aus dem südlichen Böhmerwald stammende Abgeordnete Wenzel Jaksch, welcher die Meinung vertrat, dass

die herkömmliche sozialistische Theorie die damalige Wirklichkeit nicht mehr zu erklären vermochte. Jaksch war der Ansicht, dass die alte Orthodoxie mit ihrer Dialektik ausgedient hatte, weil sie all zu sehr auf die Arbeiterklasse fixiert war und die Probleme der bäuerlichen und bürgerlichen unteren Mittelschicht ignorierte.

Erfolgreich war Jaksch mit seiner berechtigten Forderung nach einer Aktivierung der Politik der sudetendeutschen Sozialdemokratie. Er war der Ansicht, dass die damalige Führung seiner Partei zu alt, zu sehr an leeren austromarxistischen Phrasen und zu wenig an den wirklichen Sorgen und Nöten der sudetendeutschen Menschen orientiert war.

Jaksch forderte die Distanzierung der Sozialdemokratie vom tschechoslowakischen Staat, möglicherweise sogar den Austritt aus der Regierungskoalition und vor allem die stärkere Betonung der nationalpolitischen Anliegen des Sudetendeutschtums durch die DSAP. Dieses Bestreben mag aus heutiger Sicht belastet sein – damals war es der Versuch, den nach Anschluss an Hitlerdeutschland strebenden Anhängern der Henlein-Partei eine sozialdemokratische, im Rahmen der CSR zu verwirklichende Alternative entgegenzustellen. Schließlich, im April 1938, wurde Jaksch ohne Gegenstimmen zum Vorsitzenden der sudetendeutschen Sozialdemokraten gewählt. Er hatte schon vorher wiederholt erklärt, dass er „nicht auf den tschechischen Bänken sitzen“ wolle -- die Chancen für eine mehrheitsfähige sudetendeutsche demokratische Politik waren jedoch wenige Monate vor „München“ nicht mehr gegeben.

Der von mir heute ausführlich geschilderte politische Kampf der Sudetendeutschen, vor allem die Rolle der staatstreuen Deutschen

Sozialdemokratischen Arbeiter-Partei, scheiterte letztendlich an der tschechischen Verweigerungspolitik seit 1918.

Während die Anhänger Henleins nach „München“ in den abgetretenen Gebieten jubelten, begann für sudetendeutsche Sozialdemokraten ein langer Leidensweg. Tausende von Sozialdemokraten mit ihren Familien flüchteten zunächst ins Landesinnere. Tausende, die nicht flüchten konnten, wurden in die Konzentrationslager Hitlers eingeliefert, manche bis zum Kriegsende im Jahre 1945. Von den ins Landesinnere geflüchteten gingen mehr als eintausend mit ihren Familien bis März 1939 ins Exil, in Skandinavien, Belgien, Großbritannien und Kanada, einige flüchteten bis nach Bolivien und Neuseeland. Sie waren die ersten Vertriebenen aus der Tschechoslowakei. Die, die in den tschechoslowakischen Gebieten blieben wurden von der dortigen nationalen Mehrheit als „Verräter“ gesehen und entsprechend behandelt.

Damit bin ich beim dritten Punkt der Konsequenzen des Münchner Abkommens. Das Münchner Abkommen ist nämlich nicht die, aber eine der Ursachen für das, was dann ab 1939 begann, ein im wahrsten Sinne des Wortes mörderischer Krieg, der allein in Europa mehr als zwanzig Millionen Todesopfer, davon sechs Millionen in den KZ's umgebrachte Juden, forderte.

Er bedeutete die Vertreibung der Sudetendeutschen für die, die Partei Henleins und auch das Münchner Abkommen die besten, bzw. die schlechtesten Argumente geliefert hatten und damit Mitverursacher für die Benes-Dekrete wurden. Es bedeutete die mehr als 40jährige Spaltung Europas und tiefgreifende Verletzungen im Bewusstsein der Völker.

Seit Unterzeichnung des Münchner Abkommens sind siebenzig Jahre vergangen. Es ist inzwischen Geschichte, und doch es ist für manche noch immer Gegenwart und belastet die deutsch-tschechischen Beziehungen. Die Bundesrepublik Deutschland und die Tschechoslowakische Republik erklärten im Jahre 1974 im sogenannten Normalisierungsvertrag das Münchner Abkommen für nichtig. In der deutsch-tschechischen Versöhnungserklärung von 1997 bedauerten beide Staaten die durch das Münchner Abkommen verursachten Folgen durch Krieg und Vertreibung.

Es ist unbestritten, dass zumal von sudetendeutscher Seite seit 1945 große Opfer erbracht und auch gefordert wurden. Aber auch die tschechische Seite hat vier lange Jahrzehnte auf ihre persönliche Freiheit und Entfaltungsmöglichkeit verzichtet. Auch dies war ein Opfer. Ich will aber nicht aufrechnen, sondern anregen zum Nachdenken. Es ist unbestritten, dass den Sudetendeutschen zwischen 1918 und 1938 viel Unrecht geschehen ist. Die Zerstörung des tschechoslowakischen Staates war dennoch ebenso ungerechtfertigt wie die nachfolgende Vertreibung.

Und damit komme ich zum vierten Teil und Schluss:

Welche Lehren müssen wir heute aus diesen 70 Jahren zurückliegenden, bis in die Gegenwart wirkenden Ereignisse ziehen?

Zum einen eine hochaktuelle politische:

Wir müssen in der Völkergemeinschaft der Welt und insbesondere unter den mächtigen Staaten klären, was das Selbstbestimmungsrecht der Völker und legitime nationale Interessen bedeuten und wie gegebenenfalls entstehende Spannungsfelder zwischen beiden aufzulösen sind.

Ohne Äpfel mit Birnen vergleichen zu wollen: Wieso ist das Selbstbestimmungsrecht der Basken in Spanien illegitim und separatistisch, wobei ich selbstverständlich nicht baskischem Terrorismus das Wort rede. Wieso ist das Autonomiestreben des Kosovo legitim und wird von den Westmächten mit der Anerkennung der Staatlichkeit des Kosovo trotz des Widerstands Serbiens und Russlands belohnt? Wieso ist dagegen die Anerkennung Süossetiens durch Russland ein Bruch des Völkerrechts und die dortigen Autonomiebewegungen abzulehnen?

Ich weiß natürlich, dass dies alles differenzierter betrachtet werden muss, aber ich finde schon, dass wir transparente Regelungen brauchen und Entscheidungen, die nicht nach politischem Gusto, sondern für alle Beteiligten nachvollziehbar fallen. Dazu gehören Regeln welche Rechte nationale und ethnische Minderheiten in einem Land zwingend haben müssen.

Dazu gehört aber auch die Sicherheit für jede Nation, dass sich, wenn diese Regeln eingehalten werden, nicht jede Minderheit mit Unterstützung anderer Nationen für selbstständig erklären kann.

Aber zurück zum Deutsch-Tschechischen Verhältnis:

70 Jahre nach dem Münchner Abkommen haben wir den fortdauernden Auftrag zur Versöhnung, eine Versöhnung, die vielerorts sehr aktiv stattfindet und an der die Seliger-Gemeinde einen großen Anteil hat und zunehmend auch die obersten staatlichen Organe erreicht.

Damit Versöhnung gelingen kann, braucht sie Wahrhaftigkeit.

Klaus Hänsch hat es in seiner Dankesrede für den Wenzel-Jaksch-Preis so formuliert:

„Wir alle in Europa müssen unsere Geschichte ‚entlügen‘. Das tut manchmal weh, aber erst die ganze Wahrheit macht uns frei für die Zukunft.“

Zu diesem „Entlügen“ gehört für Sudetendeutsche und für Deutsche gleichermaßen die Anerkennung der Tatsache, dass die unbeschreiblichen Gräueltaten, die die Nazis und viele Gefolgsleute in Tschechien über die damalige Tschechoslowakei gebracht haben, wesentliche Ursache für die Vertreibung waren.

Und für unsere tschechischen, europäischen Mitbürgerinnen und Mitbürger bedeutet dieses „Entlügen der eigenen Geschichte“, dass ein Unrecht so groß es auch gewesen sein mag, kein anderes Unrecht – die Vertreibung – rechtfertigt.

Das unsägliche Gegeneinanderausspielen von Naziverbrechen und Vertreibung muss genauso ein Ende haben, wie die ebenso absurde und unerträgliche Diskussion über die Benes-Dekrete, die unrecht waren und sind.

Ein solcher „zweiäugiger“ (Ralph Giordano) Blick auf unsere gemeinsame Geschichte wird auch die zweite Aufgabe, die wir alle fortdauernd haben, zum Erfolg werden lassen:

Die Auseinandersetzung mit Rechtsradikalismus, Antisemitismus und der Wiederauflage nationalsozialistischer Strömungen.

Die Plakate der einschlägigen Parteien machen deutlich: „Nix gelernt“ und sie machen auch deutlich: „Manche versuchen auf dem Leid der Vertriebenen ihr politisches Süppchen zu kochen.“

Organisationen wie die Seliger-Gemeinde haben dem in der Vergangenheit entgegenwirken können und müssen dem auch weiterhin entgegenwirken.

Zum Schluss möchte ich noch unserem Genossen Martin K. Bachstein danken, der mir mit seinem geschichtlichen Wissen bei der heutigen Rede geholfen hat.